

## Die Richtung stimmt

Vor einem Jahr noch wollten CSU und CDU eine andere Republik. Ihr marktradikales Szenario haben wir Sozialdemokraten mit dem Eintritt in die Große Koalition verhindert. Als verlässlicher Partner in dieser Pflichtehe mußten wir manch einen unbequemen Kompromiss eingehen.

Als treibende Kraft haben wir aber auch dafür gesorgt, dass heute schon vieles anders aussieht: Das maßgeblich von der SPD eingebrachte 25 Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket bringt nun das höchste Wirtschaftswachstum seit der High-Tech-Phase vor fünf Jahren. Auch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich deutlich fort.

Gewiss, dieser Herbst bringt schwierige Entscheidungen mit sich: Unternehmenssteuerreform, Erbschaftsteuer, Mindestlohn, Gesundheitsreform. Wichtig aber ist: Die Richtung stimmt.

Die positiven Zeichen müssen uns bestärken, unseren Weg fortzusetzen. Dann werden unser Land und die SPD gestärkt aus dieser Großen Koalition hervorgehen.

Ludwig Stiegler, MdB  
Landesvorsitzender der BayernSPD

## Das flache Land auf dem Abstellgleis

*Die Entwicklung der ländlichen Regionen muss auf die politische Tagesordnung*

**Was wünschen sich die Menschen im ländlichen Raum am meisten von der CSU-Staatsregierung? Breite, neue Straßen, um möglichst schnell von dort wegzukommen. Es ist bitterer Humor, der hier mitschwingt. Denn die CSU hat jene Regionen vergessen, in denen sie ihre Stammwähler hat. Und die Menschen nutzen die einzige Chance, die sie noch sehen: die Abstimmung mit den Füßen, die sie zu Arbeit und Zukunftsperspektiven bringen.**

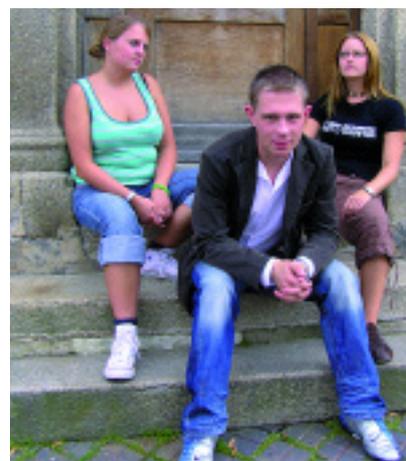
Mittlerweile leugnet Bayerns Agrarminister Miller nicht mehr, dass die Staatsregierung das Ausmaß der Landflucht unterschätzt hat: „Man glaubte, die Probleme im Griff zu haben.“ Sein aktueller Agrarbericht belegt: Zwar leben die Menschen lieber in den Landkreisen (seit 1987 plus 17,4%) als in den kreisfreien Städten (plus 7,0%). Doch die Gewinner sind alle im Umkreis der großen Ballungsräume München und Augsburg zu finden: mit Erding, Freising und Landsberg/Lech an der Spitze, die um mehr als ein Drittel zulegen konnten.

Die Verlierer finden sich am nördlichen und östlichen Rand der Bayernkarte: Der Kreis Kronach hat in den letzten 20 Jahren 1,7 Prozent seiner Bevölkerung verloren, sogar 6,5 Prozent. Ebenfalls mehr als 10 Prozent hinter der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung blieben die Kreise Main-Spessart, Bad Kissingen und Hassberge (alle Unterfranken), Lichtenfels, Coburg und Hof (Oberfranken), Tirschenreuth, Neustadt/Waldnaab und Cham (Oberpfalz), Regen und Freyung-Grafenau (Niederbayern).

### Schlacht verloren

Ganz aktuell hat der ländliche Raum wieder eine Schlacht verloren: Im eben verabschiedeten Landesentwicklungsprogramm wurden die Ballungsräume gestärkt. Gemeindegastpräsident Uwe Brandl (CSU): „Die Gemeinden in der Fläche erhalten keine Perspektive.“ Während so genannte Wachstums- und Metropolregionen umsorgt werden, müssen die Dorfbürgermeister Kindergärten und Schulen schließen und zusehen, wie die Gemeinde überaltert. Arbeitsplätze gehen verloren, weil Unternehmer es leid geworden sind, darauf zu warten, dass sie endlich an die schnellen Datenautobahnen andocken können.

Die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft werden immer weniger. Gab es vor 30 Jahren in Bayern noch mehr als 310 000 Betriebe, so sind es heute gerade mal 115 000 Höfe, die 180 000 Menschen Arbeit bieten – zum Teil künstlich durch Subventionen am Leben gehalten, obwohl sie nicht überlebensfähig waren, wie der Vizepräsident der Fachhochschule Weihenstephan, Herbert Ströbel, heute kritisiert: „Weitsichtig war diese Agrarpolitik nicht.“



**Jugendliche in Wunsiedel: Die Abstimmung mit den Füßen hat längst begonnen – minus 6,5 Prozent in den letzten 20 Jahren.**

In Bayerns Ministerien hat man ausgerechnet, dass mittelfristig 15 000 Bauern ausreichen, um die Nahrungsmittel zu erzeugen. Doch die zweite Säule der Agrarpolitik, die den ländlichen Raum fördert und außerlandwirtschaftliche Einkommen für die jetzigen Bauern bringt, wird vernachlässigt – und damit die Chancen mit lokalen Spezialitäten, Energiegewinnung, Fremdenverkehr, Dienstleistungen und Handwerk. Die geplanten Streichungen treffen zudem Selbsthilfeeinrichtungen und Landvolkshochschulen mit ihren wertvollen und oft einzigen Angeboten für Weiterbildung, Schulung und Beratung im ländlichen Raum.

### Infrastruktur geht verloren

Mit den neuen Wegen – G8 und R6 – hat im Schulbereich ein Konzentrationsprozess eingesetzt, der weite Schulwege erfordert, zum Leidwesen der Kinder, der Eltern und auch der Bürgermeister, deren Schulwegkosten sich sprunghaft erhöhen. Der gleiche Effekt tritt ein, wenn die Grund- und Hauptschule am Ort mangels „Nachwuchs“ schließen muss. Berufsschüler müssen heute den Weg in die Schule als Ganztagesfahrt planen.

Ähnliche die Kindergärten: Die neue Bezuschussung der Kindergartenplätze bringt mindestens 500 der knapp 5 000 bayerischen Einrichtungen in akute Existenznöte – und das sind ausschließlich kleine eingruppierte Kindergärten auf dem Land.

Bäcker, Metzger und Lebensmittelhändler verschwinden. Bereits ein Fünftel der bayerischen Gemeinden kann diese Grundversorgung nicht mehr anbieten. Aber die Staatsregierung forciert lieber die Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“.

Beim Verkehr wird das Land abgehängt. Jetzt steht es sogar im Landesentwicklungsprogramm: Nur noch zentrale Orte sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden.

### Gleiche Lebenschancen?

Junge Familien folgen den Arbeitsplätzen. Jugendliche gehen zur Ausbildung und zur Arbeit in die Stadt. Bauern müssen aufhören. Die Grundversorgung ist nicht mehr gewährleistet. Das Vereinsleben erlischt. Die Dorfgemeinschaft bricht zusammen. Wer kann, nutzt die breiten neuen Straßen – auf Nimmerwiedersehen.

Ländliche Idylle des Jahres 2006? Dabei fordert die Bayerische Verfassung doch gleiche Lebenschancen für alle Landesteile. ■

# Wochen ohne Ende?

Jetzt wird der Ladenschluss in Bayern entschieden

**Im Bayerischen Landtag wird nun entschieden: Wird an Wochentagen der Ladenschluss vollständig aufgehoben? Wird der Sonntag ein Tag wie jeder andere? Shopping ohne Limit in Bayern? Wir haben Experten nach den Folgen für die Kunden, die Mitarbeiter und die Entwicklung der Kommunen in Bayern gefragt. Die Antworten kommen von den Fachleuten der IHK, der Kirche und der Gewerkschaft ver.di.**

**BayernVorwärts:** Gibt es bei den Kunden das Bedürfnis, werktags nach 20.00 Uhr und sonntags einkaufen zu gehen?

**Reinhard Rieger, IHK:** Laut einer aktuellen GfK-Umfrage sind rund 70 Prozent aller Verbraucher in Deutschland für eine generelle Aufhebung der gesetzlich vorgeschriebenen Ladenöffnungszeiten. Darüber hinaus soll der jeweilige Ladeninhaber aufgrund seiner Gegebenheiten vor Ort entscheiden, wann er sein Geschäft öffnet bzw. schließt. An Sonn- und Feiertagen müssen die Geschäfte grundsätzlich geschlossen bleiben. Auch darin deckt sich unsere Auffassung mit den Wünschen der Verbraucher.



**Dr. Reinhard Rieger** ist Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Regensburg.

**Orhan Akman, ver.di:** Es gab nie den Wunsch von Kunden, nach 20.00 Uhr einkaufen zu gehen. Die längeren Öffnungszeiten zur WM 2006 haben noch mal bewiesen, dass die Kunden nicht länger als 20.00 Uhr im Laden sein wollen. Es kauft doch keiner mehr ein, weil plötzlich die Läden länger offen haben. Es fehlt den Kunden nicht an Zeit, sondern an Geld zum Einkaufen. Der Sonntag ist der letzte Zeitanker in der Gesellschaft und deswegen sehr wertvoll.

**Philip Büttner, ev. Kirche:** Die meisten Menschen wollen den Feierabend und ihren Sonntag nicht in Kaufhäusern verbringen, sondern mit den Freunden oder der Familie. Das sind wertvolle Sozialzeiten, die die Gesellschaft braucht. Das Einkaufen am Sonntag lehnt eine

Mehrheit der Bürger laut Umfragen sogar aus Prinzip ab. Die Fußball-WM wurde deshalb als Testlauf für Spät- und Sonntagsöffnungen trotz massiver Werbung und Rabatte in den meisten Geschäften ein Flopp.

**Wird durch längere Öffnungszeiten die Beschäftigungssituation im Einzelhandel verbessert?**

**Orhan Akman, ver.di:** Die Formel, „längere Öffnungszeiten bringen mehr Umsätze und auch mehr Arbeitsplätze“, ist eine bodenlose Lüge. Die noch vorhandenen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze werden zunehmend in Teilzeitarbeitsplätze und in Minijobs umgewandelt. Bereits ein Drittel in dieser Branche im Handel arbeitet derzeit als 400 Euro-Minijobber, davon sind 70 bis 80 Prozent Frauen. Gerade Alleinerziehende können von diesem Lohn nicht leben.

**Philip Büttner, ev. Kirche:** Die Erfahrungen der letzten Liberalisierungen sprechen dagegen. Durch die längere Ladenöffnung steigen die Betriebskosten, aber nicht die Umsätze. Deshalb spart der Handel am Service und am Personal. Längere Öffnungszeiten nutzen am ehesten den selbstbedienungsorientierten Warenhäusern, die wenig Beschäftigung schaffen.

**Reinhard Rieger, IHK:** Wir gehen nicht davon aus, dass eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen zu einer wesentlichen Erhöhung der Gesamtöffnungszeiten führen wird. Insofern sind von einer Liberalisierung keine starken Beschäftigungseffekte zu erwarten. Eine stär-



**Orhan Akman** ist als Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bezirk München für den Fachbereich Handel zuständig.



**Philip Büttner** ist sozialwissenschaftlicher Referent beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

kere Differenzierung der Öffnungszeiten würde jedoch ein besseres Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten ermöglichen.

**Wie würde sich eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten auf die Einzelhandelsstruktur der Gemeinden auswirken?**

**Philip Büttner, ev. Kirche:** Den Wettlauf, wer am längsten öffnen kann, gewinnen die großen Kaufhäuser und die SB-Märkte auf der grünen Wiese. Verlieren werden viele kleine Fachgeschäfte, Handwerksbetriebe, Boutiquen, wohngebietsnahe Läden. Das wäre keine gute Mittelstandspolitik und würde die Einzelhandelslandschaft ärmer machen.

**Reinhard Rieger, IHK:** Es ist keine gravierenden Veränderungen der Einzelhandelsstruktur zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass sich die Geschäfte in den Innenstädten und Quartierszentren auf einheitliche Kernöffnungszeiten einigen. Dies ist leider noch nicht überall der Fall. Gegenüber Einkaufszentren mit einheitlichen Öffnungszeiten stellt dies einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar.

**Orhan Akman, ver.di:** Der Konzentrationsprozess würde sich verschärfen und beschleunigen, weil nur die großen Konzerne von längeren Öffnungszeiten profitieren können. Auch die Nahversorgung der Bürger vor allem in kleineren Orten ist langfristig bedroht, da eine Verlagerung der Umsätze von Umland in die Großstädte vorangetrieben wird. ■

## Roter Kommissar regiert Schondorf

Eigentlich galt der 52-jährige sozialdemokratische Kriminalkommissar **Peter Wittmaack** als Außenseiter bei der Bürgermeisterwahl am 23. Juli in der Gemeinde Schondorf im oberbayerischen Landkreis Landsberg/Lech. Doch der Wahltag machte ihn zum klaren Sieger im anerkannten Luftkurort am westlichen Ufer des Ammersees: Mit 65,4 Prozent der Stimmen setzte er sich klar gegen seine CSU-Mitbewerberin durch.

„Kommunikation und Transparenz“ versprach Peter Wittmaack bei seiner Amtseinführung: „Ich werde alles versuchen, die Erwartungen, die in mich gesetzt werden, zu erfüllen, und freue mich auf eine gute und freundliche Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten und Gemeindemitarbeitern.“

Wir gratulieren herzlich und wünschen Peter Wittmaack eine glückliche Hand in seinem Amt.



**Hans-Jochen Vogel** mit den Trägern der Bayerischen Verfassungsmedaille (von links) **Johanna Werner-Muggendorfer**, **Franz Maget** und **Ingelore Pilwousek**.

## Verfassungsmedaille für Sozialdemokraten

**Ingelore Pilwousek**, Leiterin des Archivs der Münchner Arbeiterbewegung, hat – ebenso wie Landtagsfraktionschef **Franz Maget** und seine Stellvertreterin **Johanna Werner-Muggendorfer** – die Bayerische Verfassungsmedaille erhalten.

In seiner Ansprache zur Ehrung hat der frühere Bundesjustizminister und SPD-Vorsitzende **Dr. Hans-Jochen Vogel** vor einer schrankenlosen Ökonomisierung der Gesellschaft gewarnt. Wirtschaftliche Interessen würden immer mehr zur „Letztinstanz“ für Entscheidungen. Vogel erinnerte an die 1948 in Kraft getretene Bayerische Verfassung, die die Wirtschaft verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen: „Das ist nach wie vor aktuell.“ ■

## Gesundheitsreform im Brennpunkt: Der Gastkommentar

# Große Koalition verfehlt zentrale Reformziele

Von Dr. Helmut Platzer,  
Vorsitzender des Vorstands,  
AOK Bayern

Ja, es gibt auch Positives zu berichten über die Eckpunkte der Gesundheitsreform. So werden Geriatrie Rehabilitation und Palliativversorgung neu in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen. Oder die Arzneimittel – sie sollen einer Kosten-/Nutzenbewertung unterzogen werden.

Dann aber folgt die große Enttäuschung in den Eckpunkten – wie finanzieren wir unser bewährtes System?

Mit der Bildung eines Gesundheitsfonds wird künftig der von Arbeitgebern und Versicherten aufzubringende Beitrag zentral festgesetzt.

### Das bedeutet mehr Staat.

Wenn das Geld aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreicht, müssen Kassen für jeden Kopf Zusatzprämien verlangen. Die Versicherten tra-

gen damit künftig alleine das Risiko der Teuerung, des medizinischen Fortschritts und der Demografie.

### Das bedeutet eine einseitige Belastung der Versicherten.



**Dr. Helmut Platzer, Vorstandsvorsitzender der AOK Bayern, sieht bei der Gesundheitsreform zentrale Reformziele verfehlt.**

Der Beitragseinzug wird neu organisiert. Was die Kassen seit Jahren mit modernster EDV effizient auf die Stunde genau erledigen – nämlich den Beitragseinzug auch für die Rentenversicherung und die Arbeitsagentur, wird ohne Not zerschlagen. Die Verwaltungskosten für den Beitragseinzug und die neuen Konten für die Zusatzprämien werden sich verdoppeln.

### Das bedeutet mehr Bürokratie.

Auf Bundes- und Landesebene werden Kassenverbände gebildet, die für die Kassen einheitliche Verträge abschließen.

Der Wettbewerb bleibt dabei auf der Strecke.

### Das bedeutet weniger innovative Gesundheitsversorgung.

Das Fazit: Die große Koalition verfehlt zentrale Reformziele, die das Gesundheitswesen ein Stück zukunftssicherer hätten machen sollen. ■

## Eine Welt beginnt vor Ort!

### Gründung des Forums

### Eine Welt Bayern

Am Dienstag, dem 10. Oktober 2006, wird in Nürnberg das Forum Eine Welt Bayern mit Heidemarie Wieczorek-Zeul, Walter Kolbow und Bärbel Kofler gegründet.

Das Forum Eine Welt ist ein Netzwerk friedens- und entwicklungspolitisch interessierter Menschen und Organisationen aus Politik, Nicht-Regierungsorganisationen, Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirchen und Wissenschaft. Wie die Foren Eine Welt in den anderen Bundesländern berät dieses Netzwerk die SPD in Fragen der internationalen Politik, der Globalisierung und der Entwicklungspolitik und hilft, die Eine-Welt-Politik in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene zu verankern.

Bei Interesse bitte an den SPD-Landesgeschäftsführer und Ansprechpartner für das Forum Eine Welt Bayern, Hans-Peter Adler, TEL 089 23 17 11 51, EMAIL hans-peter.adler@spd.de, wenden.

## Für uns im Landtag

Karin Pranghofer

„Keiner darf verloren gehen! Was in der Bildungspolitik, gilt muss auch in der Gesellschaft gelten.“

**Karin Pranghofer**, Landtagsabgeordnete aus dem Stimmkreis Aschaffenburg, weiß, dass nicht alle Menschen die gleichen Startchancen haben, aber Politik viel dazu beitragen kann, dass das Leben für alle Menschen zum Gewinn wird. Das ist ihre politische Richtschnur.

Karin Pranghofer ist seit 1970 in der SPD und seit 1998 im Bayerischen Landtag für den Stimmkreis Aschaffenburg. Ihre Schwerpunkte sind: Bildungspolitik, Kinder- und Jugendpolitik sowie Arbeitsmarktpolitik. Nicht missen möchte sie ihre über 20-jährige Erfahrung aus der Kommunalpolitik im Aschaffener Stadtrat.

Kontakt: SPD Bürgerbüro, Goldbacher Str. 15, 63739 Aschaffenburg, TEL 06021 22244, FAX 06021 27489, EMAIL karin.pranghofer@bayernspd-landtag.de, INTERNET www.karin-pranghofer.de



## SPD-Frauen mit neuer Führung

Zur neuen Vorsitzenden der bayerischen SPD-Frauen haben die Delegierten der AsF-Landeskonferenz die Münchener Landtagsabgeordnete **Adelheid Rupp** gewählt. Die 47-jährige Juristin tritt die Nachfolge von **Monika Lochner-Fischer** an, die nach zwölfjähriger Amtszeit nicht mehr kandidiert hat.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Hildegard Gröger** und **Annette Karl** im Amt bestätigt. Neu im Vorstand vertreten ist **Beate Wörl** aus Fürstentfeldbruck.

Inhaltlich setzen die bayerischen SPD-Frauen mit ihrem Leitansatz „Frauen verdienen mehr!“ auf Wirtschafts- und Sozialpolitik. ■



**AsF-Chefin Adelheid Rupp:** „Erwerbsarbeit vermittelt soziale Anerkennung und muss grundsätzlich die eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.“

## Und wenn der Gast mal muss...

Wenn die CSU-Staatsregierung dereguliert, schlägt sie alles kurz und klein – auch das, was eigentlich sinnvoll und wichtig ist. So hat sie die Gaststättenbauverordnung einfach abgeschafft – einschließlich der Toilettenpflicht. Die sah eine Toilettenpflicht auch für Gaststätten bis 200 Plätzen vor. Jetzt kann jeder eine Wirtschaft dieser Größenordnung aufmachen und muss sich nicht kümmern, dass Toiletten da sind.

„Wo gehen die Leute im Fall des Falles hin?“ fragt der langjährige Münchner SPD-Landtagsabgeordnete und Stadtrat **Hermann Memmel** angesichts dieser Schnapsidee: „Mit der Beckstein-Deregulierung kommt ein Biesel-Tourismus vom Lokal ohne Toilette zur Wirtschaft mit Klo. Dem muss Einhalt geboten werden, denn Essen und Trinken und Toilette gehören doch in Bayern zusammen.“

Die CSU-Mehrheit hat den Memmel-Antrag auf Toilettenpflicht erstmal abgelehnt. Und harsche Kritik nicht nur von Hermann Memmel geerntet. „Mit großer Enttäuschung registriert der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband die Ablehnung des Antrags“, schimpfte dessen Präsident **Ludwig Hagn**. ■



**Die Zeitzeugen Marie und Franz Lipfert** berichten von den Angriffen der von Hitler aufgehetzten Massen auf das Volkshaus der Egerländer Sozialdemokraten am 12. September 1938

## Vergangenheit wiederentdeckt

Zu einer alternativen Reise in eine weitgehend unbekanntere Vergangenheit des Egerlands lädt das Buch der Seliger-Gemeinde Hof „Verdrängt. Vergessen. Wiederentdeckt. – Die sudetendeutsche Sozialdemokratie“ ein, das vom Verlag Eckhard Bodner (Pressath) ausgeliefert wird. Es erinnert an die Deutschböhmen, die in den Jahren vor 1938 nicht „Heim ins Reich“ wollten, sondern den tschechoslowakischen Staat bis zuletzt gegen Henlein und Hitler verteidigten und nach Kriegsende trotzdem um ihr Leben fürchten mussten.

Mehr bei Mitherausgeber **Peter Heidler** unter peter.heidler.hof@t-online.de ■